



5. Bildungsbericht mit dem Schwerpunkt „Menschen mit Behinderungen im Bildungssystem“

(hk) Der 5. Bildungsbericht hat als Schwerpunkt das Thema „Menschen mit Behinderungen im Bildungssystem“. Der Bildungsbericht wird seit 2006 alle zwei Jahre von der Kultusministerkonferenz (KMK), dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und dem Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF) veröffentlicht.

Die Modernisierungen des Bildungssystems zeigten Wirkungen, der Bildungsstand der Bevölkerung sei insgesamt gestiegen, so äußerten sich Bundesministerin Professor Dr. Johanna Wanka und die jetzige Präsidentin der KMK, Ministerin Sylvia Löhrmann. Gleichzeitig sagte Ministerin Wanka: „Berufliche und akademische Bildung sind zwei starke Säulen unseres Bildungssystems, die wir in eine gute Balance bringen müssen.“, und forderte, der Wechsel zwischen Hochschule und dualem System müsse auf beiden Seiten erleichtert werden.

Die Ausgaben für Bildung, Forschung und Wissenschaft betragen im Jahr 2012 insgesamt 247,4 Mil-

liarden Euro, das sind 9,3 % des Bruttoinlandproduktes (BIP). Der Anteil am BIP ist damit leicht gesunken (2011: 9,9 %). Angestrebt wird, dass 2015 die Ausgaben bei 10 % des BIP liegen.

Bei den unter 6-Jährigen hat etwa ein Drittel einen **Migrationshintergrund**. Die Zahl der Kinder, die in einem Elternhaus aufwachsen, in dem Erwerbslosigkeit, Bildungsferne oder Armut vorkommen, ist von 32,4 % (2005) auf 29,1 % (2012) gesunken.

Der Anteil der Schülerinnen und Schüler **ohne Hauptschulabschluss** sinkt auf gegenwärtig 5,9 % eines Jahrgangs. Der Trend zu höheren Bildungsabschlüssen setzt sich fort.

Die Studienanfängerquote beträgt seit 2011 mehr als 50 % eines Jahrgangs und liegt damit über dem Anteil derer, die eine duale Ausbildung beginnen. Etwa 57 % eines Jahrgangs verlassen die Schule mit der Hochschulreife. Dieser Abschluss wird zunehmend auch an beruflichen Schulen erworben.

Auch 2013 landeten mehr als 250.000 Jugendliche im **Übergangssystem** zwischen Schule und Berufsausbildung, dies sind vor allem Jugendliche mit Migrationshintergrund und solche, die maximal den Hauptschulabschluss erworben haben.

Auf der anderen Seite werden ca. 22 % der dualen **Ausbildungsverträge vorzeitig aufgelöst**, die Unterschiede nach Branchen sind dabei erheblich (bei den Ernährungsberufen sind 37 % der Ausbildungsverträge nach 48 Monaten aufgelöst worden).

Die Abbruchquote ist bei Auszubildenden, die maximal über den

Hauptschulabschluss verfügen, doppelt so hoch wie bei denjenigen mit einer Studienberechtigung.

[Übrigens: Laut einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) sind 45 % der Arbeitslosen nur für Hilfsarbeiten qualifiziert, auf diesem Niveau würden aber nur 14 % der Arbeitsplätze angeboten.]

Bei der Mehrheit der Berufe übersteigt weiterhin die **Nachfrage das Angebot** um 5 % bis 10 %. Ausnahmen davon sind die Berufe im Ernährungshandwerk (Angebot mehr als 10 % höher als die Nachfrage) sowie die Köche (Angebot etwa 8 % höher als die Nachfrage) und die Berufe im Hotel- und Gaststättengewerbe (Angebot etwa 7 % höher als die Nachfrage). [Der DIHK (Deutscher Industrie- und Handelskammertag) widerspricht einigen Aussagen und hat einen „Faktencheck“ veröffentlicht, den man hier findet: <http://vlbs.org/12>.]

Die **Übernahmehquoten** nach der Ausbildung sind gestiegen. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt aber immer noch über der allgemeinen Arbeitslosen-

Homepage des BPR BBS

(Willi Detemple) Der **Bezirkspersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer an staatlichen berufsbildenden Schulen bei der ADD Trier hat seit neuestem eine eigene Homepage.**

Auf <http://www.bpr-bbs.de/> informieren die Mitglieder des Bezirkspersonalrates berufsbildende Schulen die Kolleginnen und Kollegen über die Ergebnisse der Arbeit des BPR und geben nützliche Hinweise und Informationen für den beruflichen Alltag.

In dieser Ausgabe:

5. Bildungsbericht mit dem Schwerpunkt „Menschen mit Behinderungen im Bildungssystem“

Titelseite und Seite 36

Homepage des BPR BBS Titelseite

Gespräch des vlbs mit Vertreterinnen der SPD-Landtagsfraktion

Seite 36 bis 38

Gespräch des vlbs mit Bettina Dickes (CDU), MdL

Seite 38 bis 40

IN KÜRZE

Seite 39

OV Boppard: Neuer Vorstand ehrt langjährige Mitglieder; Trauer um Pfarrer Walter Kraus

Seite 40

quote. Personen mit hohem Bildungsstand sind in allen Altersgruppen zu rund 30 % häufiger erwerbstätig als jene mit niedrigem Bildungsstand.

Die Gesamtzahl der Auszubildenden in vollzeitschulischer Ausbildung, dem sogenannten „**Schulberufssystem**“, stagniert seit 2005.

Bei der Detailbetrachtung zeigen sich erhebliche Umschichtungen: Berufsausbildungsgänge nach Berufsbildungsgesetz (BBiG) und Handwerksordnung (HwO) gehen zurück, Gesundheits-, Krankenpflegeberufe, Erzieherinnen- und Kinderpflegerinnenberufe sowie Assistenzberufe in der Mediengestaltung verzeichnen höhere Schülerzahlen. Im Schulberufssystem dominieren mittlerweile die Frauen im Verhältnis 3 zu 1.

Aufgrund des **hohen Durchschnittsalters** besteht weiterhin ein **hoher Personalbedarf** im Bildungsbereich. Im Schulbereich sind etwa 48 % der beschäftigten Lehrkräfte 50 Jahre und älter (im Bildungsbereich insgesamt

sind es ca. 37 % der pädagogisch bzw. wissenschaftlich tätigen Personen).

Zum **Schwerpunktthema** des diesjährigen Bildungsberichts wurde festgestellt, dass die Zahl der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf weitgehend gleich blieb (ca. 493.000). Allerdings stieg der prozentuale Anteil (6,6 %) aufgrund der insgesamt sinkenden Schülerzahlen (je nach Bundesland variiert der Anteil zwischen 10,5 % und 4,9 %).

Mit **steigendem Alter** der Schülerinnen und Schüler nimmt die Inklusion ab. In Kindertagesstätten und Grundschulen werden ca. 44 % der Kinder mit Behinderungen gemeinsam mit Kindern ohne Behinderungen betreut, der Anteil sinkt im Sekundarbereich I auf ca. 23 %.

Bei der **beruflichen Bildung** gibt es eigene Ausbildungsgänge für Menschen mit Behinderungen, gegenwärtig sind etwa 10.000 Jugendliche

betroffen. Von diesen Jugendlichen haben ca. 57 % einen Hauptschulabschluss, ca. 40 % haben keinen. Die Zahl der Abbrecher ist besonders hoch.

Die Zahl der **neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge** ging ebenso wie das Angebot und die Nachfrage nach Ausbildungsverhältnissen gemäß § 66 BBiG und § 42 m HwO um ca. 30 % zurück (2009 – 13.929 neue Ausbildungsverträge, 2012 – 9.915 neue Ausbildungsverträge).

Die Ausbildung wird meistens in den bundesweit 52 **Berufsbildungswerken** und nur zu einem kleinen Teil in Betrieben durchgeführt (ca. 10 % nach einer Schätzung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales).

Die **Regelausbildung** bleibt die Ausnahme. In allen Bildungsbereichen besteht ein hoher Bedarf für die fachliche Qualifizierung des Personals für die Aufgabe der Inklusion.

Weitere Informationen finden Sie unter www.bildungsbericht.de.

Unterrichtsversorgung und Gewinnung von Lehrkräften Gespräch des vlbs mit Vertreterinnen der SPD-Landtagsfraktion

(Andreas Hoffmann) **Schwerpunkte waren die Unterrichtsversorgung an der BBS sowie die Probleme durch die Einführung von Erfahrungsstufen durch das Dienstrechtsreformgesetz und Einstufung nach TV-L.**

Hinsichtlich der **Unterrichtsversorgung** an den berufsbildenden Schulen erinnerte **Ulrich Brenken** daran, dass nach „Klemm“ für das jetzt zu Ende gehende Schuljahr 2013/14 Neueinstellungen im Volumen von 202 Vollzeitlehrerstellen benötigt werden. Hierzu summieren sich noch die 60 Vollzeitstellen, die schon im Schuljahr 2012/13 gemäß „Klemm“ nicht realisiert worden sind.

Nach den neuesten Zahlen aus dem MBWWK besuchen aktuell über **22 % aller Schülerinnen und Schüler** in Rheinland-Pfalz eine BBS.

Unsere Schulart bekommt im Listenverfahren aber nur gut **15 % der Lehrerstellen**; in der ab August noch zu vergebenden Summe 153 Stellen. So lässt sich der derzeitige Unterrichtsausfall von 5,5 % nicht wirksam beheben. Diese anteilige Stellenvergabe erhält zwar den Status quo, lässt aber

kaum eine weiterentwickelnde Unterstützung von Seiten der Landesregierung für die BBS erkennen, wie es der Koalitionsvertrag politisch verheißt hat.

Dies untermauerte Ulrich Brenken aussagekräftig mit der Schüler-Lehrer-Relation im Bereich SEK II, die der vlbs den Parteien bereits im Sommer 2013 benannt hat. Um laut „Klemm“ auf die gleiche Versorgung zu kommen, wie z.B. die IGS, fehlen an den BBS gut 2.000 Lehrervollzeitstellen. Auch durften z.B. die Grundschulen ab dem Rückgang des Schülerberges ihre Schüler-Lehrer-Relation mit kräftigem politischem Willen um 20 % verbessern. Warum nicht die BBS?

Die bildungspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, **Bettina Brück**, betonte den hohen Stellenwert der Unterrichtsversorgung in ihrer Fraktion und hob hervor, dass in den letzten Jahren viel für die berufsbildenden Schulen getan wurde. Sie verwies aber darauf, dass nicht nach „Klemm-Prognose“, sondern nach tatsächlichen Schülerzah-

len eingestellt werde. Außerdem orientiere sich der beschlossene Doppelhaushalt ebenfalls an den tatsächlichen Schülerzahlen.

Hierzu entgegnete der vlbs, dass im Schuljahr 2013/14 die Bilanz aus tatsächlichen Vollzeit- und Teilzeit-BBS-Schülerinnen und -Schülern im Umfang von deutlich über 1.000 Vollzeitschülerinnen und -schülern höher liegt als prognostiziert. Demnach dürfte es kein Zurückbleiben hinter „Klemm“ geben. Es müssten Mehreinstellungen erfolgen.

Erschwerend sei, so **Willi Detemple**, dass zu viele PES-Verträge als Übergangslösung bis zum Sommer statt Festeinstellungen vergeben worden seien. So seien Abwanderungen in andere Bundesländer zu befürchten, wenn nach der Beendigung des Referendariats umgebende Bundesländer in gleichen oder affinen Fächern Planstellen anböten. Konkrete Einzelfälle hierzu seien bereits bekannt. Er appellierte deshalb, für eine zeitnahe Stellenvergabe zu sorgen, um vor allem Bewerber mit gesuchten Fächerkombinationen in Rheinland-Pfalz zu halten.



Vertreter des vlbs-Landesvorstandes sprachen mit Vertreterinnen der SPD-Landtagsfraktion (v.l.n.r.): Markus Penner, Ulla Brede-Hoffmann MdL, Harry Wunschel, Willi Detemple, Bettina Brück MdL, Ulrich Brenken und Andreas Hoffmann (nicht im Bild).

Bettina Brück erklärte, dass sie momentan keinen Lösungsvorschlag für eine grundsätzliche Änderung der Einstellungsmodalitäten habe, da dies ein Widerspruch hinsichtlich Beamtenrecht und Bewerberinteresse darstelle, dass eine **zeitnahe Einstellung** aber ebenfalls ihr Anliegen sei und sie in dieser Sache bei der Landesregierung nachhaken werde, wobei nach ihren Informationen alle Bewerber mit Mangelfächern eingestellt worden sind.

Willi Detemple sprach weitere Problemlagen an, die das **neue Dienstrechtsreformgesetz** aufwirft. Durch die Einführung von Erfahrungsstufen für beamtete Lehrkräfte und die beabsichtigten Änderungen bei der Einstufung von Lehrkräften im Beschäftigungsverhältnis nach dem TV-L verliert die BBS weiter an Attraktivität. Die BBS hat insofern ein Alleinstellungsmerkmal, als Kolleginnen und Kollegen häufig langjährige Erfahrungen in der freien Wirtschaft gesammelt haben und wir diese Kompetenzen im Unterricht auch benötigen. Von der langjährigen Berufserfahrung werden allerdings nur Zeiten in begrenztem Umfang als förderlich angerechnet, z.B. Zeiten, in denen pädagogisches Wirken nachgewiesen wird. In Ziffern ausgedrückt, bedeutet das geringere Bezüge von bis zu 400,- € monatlich. Hier steht Rheinland-Pfalz in klarem Wettstreit mit anderen Bundesländern, die nicht so restriktiv vorgehen. Der vlbs fordert deshalb eine **großzügigere Anerkennung** der förderlichen Zeiten.

Dies gilt auch für den **Ländertausch**: Kolleginnen und Kollegen, die aus anderen Bundesländern nach Rheinland-Pfalz wechseln möchten, können sich nicht mehr – wie bisher – auf eine

Besitzstandswahrung ihrer Bezüge berufen. Laut Ministerium handelt es sich hier zukünftig um eine Neueinstellung und es erfolgt häufig eine **Rückstufung in den Erfahrungsstufen**. Gerade Kolleginnen und Kollegen mit gesuchten Fächerkombinationen werden sich überlegen, ob sie die Einkommenseinbußen mit einem Wechsel nach Rheinland-Pfalz hinnehmen. Da die BBS ohnehin den deutlich höchsten Altersdurchschnitt aller Lehrkräfte haben, besteht auch aus dieser Sicht klarer Handlungsbedarf im Vergleich zu allen anderen Schularten.

Hinsichtlich der konzeptionellen Weiterentwicklung der BBS-Teilzeit- und -Vollzeitbildungsgänge bewertete Ulrich Brenken die Aufstockung des **PauSE-Faktors** für die BBS-Teilzeit-Berufsschule von 0,56 auf 0,60 als positives Signal. Waren es vor der Aufstockung 22 Schülerinnen und Schüler pro Klasse, ab denen mit 12 Wochenstunden unterrichtet werden durfte, senkt dies die Messzahl 0,60 jetzt auf 20 Schülerinnen und Schüler. Dies wird aber auf Kosten der Vollzeitbildungsgänge, insbesondere des beruflichen Gymnasiums, strikt kostenneutral erkaufte, da die Vollzeit-PauSE-Faktoren aus einem Teil dessen gesenkt werden, der über der Messzahl für vollen Unterricht liegt.

BBS mit hohem Teilzeit-Berufschulanteil werden durch diese Maßnahme zwar gestärkt, doch BBS mit hohem Vollzeit-Anteil haben das Nachsehen. Eine Wettbewerbsverzerrung zum Nachteil der BBS ist es zudem, dass in der HBF die mittlere Klassenfrequenz im Schuljahr

2013/14 bei über 24 liegt – rund 50 % höher als bei konkurrierenden FOS unter dem Dach der RS+ , die zeitgleich mit 16 bis 17 Schülerinnen und Schülern in Zeiten der Schuldenbremse neu eröffnet wurden.

Ulla Brede-Hoffmann bekräftigte, dass sie im Ministerium Informationen zum lokalen Zusammenhang zwischen HBF und FOS anfordere. Es sei zu klären, ob sich lokale Effekte negativ auf die Klassenstärken der HBF auswirken können. Momentan erkenne sie allerdings eher einen Trend hin zum beruflichen Gymnasium.

Harry Wunschel schilderte die unbefriedigende Situation im **BVJ-Bereich**. Immer mehr stark verhaltensauffällige Schülerinnen und Schüler müssen in die Klassen integriert werden. Brutale Gewaltvorfälle, denen mit schulischen Mitteln nicht begegnet werden kann, häufen sich. Für Schülerinnen und Schüler, die bereits in allgemein bildenden Schulen auffällig waren, müssen die Möglichkeiten zur Ausschulung und Integration in außerschulische Maßnahmen verbessert werden. Rückmeldungen zeigen, dass eine zunehmende Schülerzahl keinen Abschluss und damit keine Berufsreife erreichen wird. Hier muss die **Möglichkeit zu niederschweligen, schulisch leistbaren Angeboten** geschaffen werden. Kolleginnen und Kollegen, die im BVJ-Bereich unterrichten, wird zunehmend zugemutet, zusätzlich die sonderpädagogischen Aufgaben einer Förderschullehrkraft zu schultern. An dieser Stelle fordert der vlbs, dass der festgestellte **sonderpädagogische Förderbedarf** auf die berufsbildenden Schulen übertragen wird, und weist nochmals darauf hin, dass den allgemein bildenden Schulen dafür schon heute rund 600 Vollzeitstellen zur Verfügung stehen. Laut „Klemm“ sollen bis 2016 im Zuge der Inklusion nochmals 200 Vollzeitstellen dazukommen. Von diesen 800 Stellen ist auch zwei Jahre nach „Klemm“ immer noch keine einzige für BBS geplant. Aus vlbs-Sicht ist dies inakzeptabel.

Bettina Brück wies zur **Inklusion** auf die **neue Experimentierklausel** im Schulgesetz hin sowie auf den Umstand, dass sonderpädagogische Förderpläne für Jugendliche enden, wenn die Jugendlichen volljährig werden. Es besteht **Einigkeit**: Auch das **BVJ muss** wie schon vereinbart **weiterentwickelt** werden.

Ulla Brede Hoffmann räumte ein, dass die **Zahl der Sozialpädagoginnen und -pädagogen** im Bereich BVJ und BFI größer sein könnte – gerade im Vergleich zum bestehenden IST anderer Schularten. Sie wies aber darauf hin, dass die Schaffung dieser Stellen keine Landesaufgabe ist, sondern als **Aufgabe** aus dem Sozialgesetzbuch den **Kommunen** zufällt. Auf Bundesebene werden momentan aber keine Debatten zu diesem Thema geführt und die Schuldenbremse des Landeshaushaltes verhindert eine finanzielle Unterstützung. Ihr sei dabei durchaus bewusst, dass die Lage an den BBS vor Ort oft unbefriedigend ist.

Hinsichtlich der beabsichtigten **Strukturreform** für die berufsbildenden Schulen der **Stadt Mainz und des Landkreises Mainz-Bingen** ab dem Schuljahresbeginn 2014/15 hat der BPR BBS fünf von neun geplanten Maßnahmen zugestimmt, wie im Bereich der Kommunen bereits nach außen kommuniziert wird. Die vier abgelehnten Maßnahmen werden unter Beteiligung des HPR BBS seit Ende Mai auf MBWWK-Ebene verhandelt. Falls diese Verhandlungen scheitern, führt der Weg gemäß LPersVG in die Einigungsstelle beim MBWWK. Der vlbs kritisiert, dass die Vorbereitungen der Schulträger zur Verlegung bzw. Zusammenlegung von Klassen und die

dabei geplanten Einstellungen, Abordnungen und Versetzungen von Kolleginnen und Kollegen bereits sehr konkret so betrieben werden, als gäbe es die Ablehnung des BPR und die Nichteinigung mit der ADD nicht oder als hätte der HPR das ablehnende Votum des BPR bereits übergangen und zugestimmt oder die Ministerin hätte die Möglichkeit des LPersVG genutzt, die Dinge gegen ein anders lautendes Votum einer evtl. Einigungsstelle umzusetzen. Ulrich Brenken beklagt, dass ADD und kommunale Träger durch solchen Druck in Form von vorab eingeleiteten Faktenlagen den Dialog vor bzw. die Arbeit in der eventuellen Einigungsstelle beim MBWWK beschädigen. „Im vlbs lassen wir uns davon nicht beeindrucken“, so Ulrich Brenken. „dass die Schulverwaltung und die Kommunen so agieren, als seien vor Ort die Weichen in ihrem Sinne schon gestellt, bevor das gesetzlich aus guten Gründen vorgeschriebene Mitbestimmungsverfahren vollständig durchgeführt und abgeschlossen ist.“

Zur **Situation im gehobenen Dienst an BBS** formulierten Willi Detemple und Ulrich Brenken den Bedarf, einerseits die begonnene **berufsbegeleitende Weiterqualifizierung** für BBS-Lehrkräfte fortzuführen und

andererseits **Einsatzmöglichkeiten** für legitimierte Theorieunterricht für Fachpraxislehrkräfte zu schaffen. Bei letzterem geht es nicht so sehr um mehr Geld. Fachpraxislehrkräfte, die im Theorieunterricht – teils bereits seit Jahr(zehnt)en und dazu auch oberhäufig und mit von Schulleitung und ADD anerkanntem Erfolg – eingesetzt werden, wollen weiterhin **Einsatzsicherheit** haben und bei demografisch bedingten Rückgängen von Abordnungen oder gar Versetzungen möglichst verschont werden.

In der vom MBWWK angekündigten zumindest 10-tägigen Weiterbildungsmaßnahme für die legalisierte Erteilung von Theorieunterricht in der neuen BF sieht der vlbs einen sinnvollen Ansatz, sofern die Umsetzung wertschätzend, authentisch und unterstützend erfolgt.

Einigkeit besteht, dass die Balance zu studierten Kolleginnen und Kollegen gehalten werden muss. Frau Brede-Hoffmann wird die Thematik im bildungspolitischen Arbeitskreis der SPD nochmals erörtern. Möglicherweise bestehe eine Lösung ja in individuellen Fallentscheidungen.

Zum Abschluss des zweistündigen Gesprächs bedankte sich Ulrich Brenken bei den bildungspolitischen Vertreterinnen der SPD-Fraktion für das offene Gespräch.

Inklusion – CDU will „ein Paket für alle Schularten schnüren“ Gespräch des vlbs mit Bettina Dickes (CDU), MdL

(hk) Einen großen Teil des Gesprächs des vlbs mit Bettina Dickes, bildungspolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, und Gereon Geißler, bildungspolitischer Referent der CDU-Landtagsfraktion, nahm das Thema Inklusion ein.

Bettina Dickes kritisierte den geplanten **Wegfall des Ressourcenvorbehalts** bei der Umsetzung der Inklusion. Im Rahmen der Inklusion müssten die betroffenen Kinder bzw. Jugendlichen im Mittelpunkt stehen. Dementsprechend müsste zunächst der Anspruch des Schülers bzw. der Schülerin definiert und dann müssten entsprechende Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Der aktuelle Gesetzentwurf der Landesregierung zur Umsetzung der Inklusion in Schulen sehe vor, dass nicht vorhandene Ressourcen

kein Grund seien, Inklusion nicht umzusetzen. Die Umsetzungspraxis werde den Betroffenen auf diese Weise nicht gerecht, so Bettina Dickes. Die CDU habe zudem einen Antrag im Landtag gestellt, die Kosten der Inklusion nicht auf die Kommunen abzuwälzen. Der berufsbildende Bereich sei im Moment gar nicht berücksichtigt, die CDU jedoch wolle „**ein Paket für alle Schularten schnüren**“, ergänzte sie.

Ulrich Brenken bekräftigte die Kritik des vlbs daran, dass die BBS bei der Ressourcenverteilung bisher nicht berücksichtigt wurden. In der Prognose des Bildungsforschers Klaus Klemm seien zwar bis 2016 für Inklusion 200 weitere Stellen zu den 600 vorhandenen vorgesehen, Professor Klemm selbst hätte 2012

jedoch eingeräumt, dass er die BBS dabei mit buchstäblich NULL Stellen berücksichtigt hat. 2014 sei „Halbzeit“ für die Klemm-Perspektive und auch in den zwei Jahren seit 2012 seien über freundliche Absichtserklärungen bis in die Spitze des MBWWK hinaus jedoch keinerlei wirkliche Taten gefolgt, die an BBS in der Fläche vor Ort als unterstützend ankommen würden, so Ulrich Brenken. Dies, obwohl die Kolleginnen und Kollegen in BVJ – und BFI – meist aus Bordmitteln und ohne zugeordnete Ressourcen wesentliche Elemente der Inklusion stemmen.

Harry Wunschel verwies darauf, dass vermehrt Anfragen an die BBS gestellt würden, sogenannte „G-Schüler“ (Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf bei der ganzheitlichen

IN KÜRZE

(Rainer Senck) Berufsbildungskonferenz von DGB und ZDH. Der Zentralverband des Deutschen Handwerks und der Deutsche Gewerkschaftsbund luden am 12. und 13. Juni 2014 zu ihrer gemeinsamen Berufsbildungskonferenz „Zukunft der Lernorte Betrieb – Berufsbildung der Zukunft“ nach Berlin ein. Vertreterinnen und Vertreter von Wissenschaft, Politik, Sozialpartnern und Wirtschaftsorganisationen diskutierten Entwicklungsszenarien und Aufgabenstellungen der beruflichen Bildung in den kommenden Jahren und beschrieben Lösungsansätze für eine zukunftsfähige Berufsbildung aus nationaler und europäischer Perspektive (Quelle: ZDH Newsletter 20/2014).

Die Bundesregierung will Angebote für Studienaussteiger verbessern.

Die Berufliche Bildung wird in der Beratung künftig als Alternative angeboten, der Umstieg in die Wirtschaft erleichtert. ZDH-Präsident Wollseifer begrüßte die Initiative auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Bundesbildungsministerin Wanka: „Studienaussteiger sollten die Chance ergreifen, bei der Zukunftssicherung des Handwerks eine führende Rolle zu spielen.“ (Quelle: ZDH Newsletter 30.05.2014).

Inklusion in der beruflichen Bildung – wie kann die konkret aussehen? Diese Frage hat der aktuelle BIBB-Expertenmonitor berufliche Bildung aufgegriffen, Vorschläge entwickelt und diese zur Diskussion gestellt. Befragt wurden Fachleute aus Forschung und Hochschule, aus Kammern, Betrieben und Verwaltungen, überbetrieblichen Einrichtungen, Schulen, Berufs- und Arbeitgeberverbänden sowie Gewerkschaften. Im Sinne der UNESCO geht die Studie von einem breiten Inklusionsverständnis aus. Dieses teilt junge Menschen nicht in Gruppen mit oder ohne Behinderung oder Benachteiligung ein, sondern sieht die Aufgaben darin, Strukturen (der beruflichen Bildung) so zu verändern, dass sie allen Lernenden mit ihren spezifischen Bedürfnissen gerecht werden. Dieses Denken erfordert in der Konsequenz eine Reihe von institutionellen Voraussetzungen und Veränderungen, die umfassend diskutiert werden sollen (Quelle: gpc newsletter 132).



Bettina Dickes, CDU-Landtagsfraktion, sprach mit den vlbs-Vertretern (v.l.n.r.) Willi Detemple, Ulrich Brenken, Harry Wunschel und Hildegard Küper (nicht im Bild).

Entwicklung) aufzunehmen. Die BBS würden schon seit Jahren die sogenannten „L-Schüler“ (Schülerinnen und Schüler mit dem Förderschwerpunkt Lernen) ohne jede zusätzliche Unterstützung unterrichten. Dies sei jedoch bei den G-Schülern definitiv nicht mehr möglich. Ganz besonders belastend sei die zunehmende Zahl und Ausprägung der „SE-Schüler“ (Schülerinnen und Schüler mit sozial-emotionalen Störungen).

Ulrich Brenken verwies auf die Tragweite des Vorhabens: Wenn man es konsequent umsetze, benötigten z.B. Gehörlose beim Erlernen eines Metall-Berufes in der Berufsschule an der Drehmaschine eine Lehrkraft mit Fakultas Metall, die die Gebärdensprache beherrsche. **Inklusion**, ernst gemeint, müsse den **berufsbildenden Teil** berücksichtigen und angemessen ausstatten, so die vlbs-Position.

Harry Wunschel erinnerte als positives Beispiel an die vorbildlich umgesetzte Inklusion an der BBS Ernährung, Hauswirtschaft und Sozialwesen in Trier (vgl. vlbs-aktuell, 2-2012, S. 11f). Dort werden die Kolleginnen und Kollegen in der betroffenen BVJ-Klasse von einer pädagogischen Fachkraft in einer Vollzeitstelle und zusätzlich mit zehn Stunden pro Woche durch eine Lehrkraft der Förderschule unterstützt. Hingegen müsse die BBS Kirn zwei G-Schüler ohne Unterstützung außer einer Begleitung durch Förderschullehrkräfte im Tausch gegen BBS-Lehrkräfte beschulen. **„Fördermöglichkeiten gibt es ohne Ressourcen nicht“**, kritisierte Harry Wunschel.

„Lebenschancen werden so nicht vergeben“, stimmte Bettina Dickes zu, die bereits über die Umsetzungsprobleme des Inklusionsversuchs an der BBS Kirn informiert war.

Ulrich Brenken brachte die Forderungen des vlbs auf den Punkt: „Zumindest alles, was vor einem qualifizierten Abschluss der Sekundarstufe I liegt, muss auch an BBS **mit analogen Ressourcen** zu denen der allgemein bildenden Schulen für die Inklusion fortgeführt werden“.

Bettina Dickes und Gereon Geißler teilten die Forderung des vlbs nach gleichwertiger Behandlung für die BBS. Im Bereich der Berufsschule sei auch der duale Partner, der Betrieb, in die Förderung der Inklusion einzubinden, sagte die bildungspolitische Sprecherin der CDU.

Bei der **sozialpädagogischen Betreuung an BBS** wurde über die vorgesehene, intensive Betreuung in der ab dem Schuljahr 2014/2015 neu strukturierten Berufsfachschule I gesprochen. Ministerin Ahnen habe im Arbeitskreis dazu geäußert, dass diese sozialpädagogische Betreuung durch die Lehrkräfte erfolgen könne und keine sozialpädagogischen Fachkräfte zusätzlich eingestellt werden müssten, berichtete Bettina Dickes. Sie sah auch die Gefahr, dass die sozialpädagogische Betreuung für die BBS zu Ungunsten der anderen Schulformen in der BF I konzentriert würde.

Zur **Lehrkräfteversorgung an BBS** kritisierte **Willi Detemple**: „Wenn es im März keine Perspektive für eine Stelle nach dem zweiten Examen im Mai gibt, wandern die Bewerberinnen und Bewerber ab“. Auch dieses Jahr bestehe das Problem fort, dass sehr

spät Stellenzusagen für BBS an Referendare vergeben würden. Trotz des hohen Unterrichtsausfalls an BBS werde z.B. ein Bewerber mit Mängelfächern und ordentlichem Examen zunächst mit einem PES-Vertrag bis zu den Sommerferien abgeseigt.

Die **Einführung der Erfahrungsstufen** bei der Besoldung sei für die, an BBS im Schnitt älteren, Bewerber abschreckend, weil sie gegenüber den früheren Dienstaltersstufen deutliche finanzielle Einbußen in der Größenordnung mehrerer 100 Euro je Monat in Kauf nehmen müssten. Dabei benötigten die BBS die erworbene Berufserfahrung für einen erfolgreichen Unterricht dringend. Auch die **Einstufung nach dem TV-L** (Tarifvertrag der Länder) sei schwieriger geworden, da in jedem **Einzelfall** begründet werden müsse, dass ein be-

sonderer Bedarf bestehe, bevor „förderliche Zeiten“ anerkannt würden. Selbst bei einer **Versetzung** aus einem anderen Bundesland nach Rheinland-Pfalz gebe es **keine Besitzstandswahrung**. Dies führe dazu, dass seit Jahren mehr Lehrkräfte ab- als zuwandern würden.

Ein weiteres Anliegen des vlbs war die Ausgestaltung der **PauSE-Faktoren** (vgl. vlbs-aktuell, 10-2013, S. 56). Obwohl der PauSE-Faktor jetzt für die Berufsschule leicht angehoben werden soll (von 0,56 pro Schülerin / Schüler auf 0,6), reiche dieser Anstieg zum einen nicht aus, um Berufsschulklassen in der Fläche zu erhalten, zum anderen wolle das MBWWK den Anstieg bei der Berufsschule durch ein Absenken in anderen Schulformen der BBS erwirtschaften. Bettina Dickes

unterstrich, dass die **CDU mehr Lehrerstellen für die BBS** fordere und sich für den **Erhalt der Ausbildung im ländlichen Raum** einsetze.

„Betriebe verlieren Bewerber, wenn diese zur Berufsschule zu weit fahren müssen“, sagte sie. „Da müssen wir individuelle Lösungen finden, andere für den ländlichen Raum als für Ballungszentren“, verdeutlichte sie die CDU-Position.

Willi Detemple äußerte zum Abschluss des Gesprächs noch ein **Plädoyer für die Lehrkräfte für Fachpraxis**. Diese seien durch den Rückgang der Schülerzahlen und die Umstrukturierung von Schulformen besonders betroffen, weil immer weniger Bedarf für den fachpraktischen Unterricht bestehe. Hier setzt sich der vlbs weiterhin dafür ein, dass die Kolleginnen und Kollegen adäquat und am jetzigen Dienstort eingesetzt werden können.

OV Boppard: Neuer Vorstand ehrt langjährige Mitglieder



(v.l.n.r.): Andreas Jeschke, Dr. Peter Kockelmann, Uschi Killing, Hans Biller, Hans-Hermann Oehl, Werner Dötsch, Paul Schüßler, Albert Schaefer

(Dr. Peter Kockelmann) Auf der Tagesordnung der Mitgliederversammlung des vlbs-Ortsverbandes Boppard stand dieses Jahr auch die Neuwahl des Vorstandes.

Zunächst aber informierten Peter Kockelmann (Ortsverbandsvorsitzender) und Uschi Killing (stellvertretende Vorsitzende und Vorsitzende des ÖPR) die Mitgliederversammlung über die aktuellen verbandspolitischen und schulpolitischen Themen, wie z.B. das betriebliche Eingliederungsmanagement (BEM), die neue geplante Mehrarbeitsverordnung, die Situation für Lehrerinnen und Lehrer für Fachpraxis oder die Einstellungssituation im Land. Bei den Neuwahlen wurden Peter Ko-

ckelmann als Ortsverbandsvorsitzender, Uschi Killing als seine Vertreterin und Karolina Nowitzki als Protokollführerin wiedergewählt. Neu im Vorstand löst Andreas Jeschke den langjährigen Kassenführer Albert Schaefer ab, dem Peter Kockelmann herzlich für seine lange Mitarbeit dankte.

Eine erste angenehme Aufgabe des wiedergewählten Vorsitzenden war die **Ehrung von Mitgliedern**, die seit vielen Jahren dem Verband angehören. Den vier vlbs-Ehrenmitgliedern Heribert Schmickler (60 Jahre), Wolfgang Kiefer (60 Jahre), Hans-Hermann Oehl (55 Jahre) und Reinhard Stritter (40 Jahre) konnte er die

goldene Nadel des vlbs überreichen. Für mehr als vierzigjährige Treue zum vlbs erhielten Hans Biller, Paul Schüßler, Werner Dötsch und Günter Dyrda die silberne Nadel sowie Albert Schaefer für dreißigjährige Mitgliedschaft.

Mit einer **Gedenkminute** erinnerte der Ortsverband an sein in der Osternacht im Alter von 85 Jahren verstorbenes Mitglied, **Pfarrer Walter Kraus**.

vlbs-aktuell

Herausgeber: Verband der Lehrerinnen und Lehrer an berufsbildenden Schulen Rheinland-Pfalz (vlbs) im DBB, Adam-Karrillon-Str. 62, 55118 Mainz, Telefon 06131-612450, Fax 06131-616705. Webseite: www.vlbs.org

Vorsitzender: Ulrich Brenken, Rheingauer Straße 8, 55122 Mainz, Telefon 06131-41818, Fax 06131-41817, Ulrich.Brenken@vlbs.org.

Schriftleitung und Layout: Hildegard Küper, Albertstraße 27, 67655 Kaiserslautern, Telefon 0631/8905 9925, Hildegard.Kueper@vlbs.org.

Redaktionsschluss ist am 15. eines jeden Monats. Die Beiträge, die mit dem Namen des Verfassers gezeichnet sind, stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers oder der Redaktion dar. Alle Beiträge werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr veröffentlicht. – Nachdruck ist nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe zulässig. – Für unverlangt eingesandte Manuskripte besteht keine Gewähr.

Druck: johnen-druck, In der Bornwiese, 54470 Bernkastel-Kues.

vlbs-aktuell erscheint einmal im Monat. Der Verkaufspreis ist durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.